



**Geschäftsführung
Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben,
Schwule und Transgender**

Herr Rahmfeld

Telefon: (0221) 221-21087

Fax: (0221) 221-29166

E-Mail: christian.rahmfeld@stadt-koeln.de

Datum: 17.08.2016

Niederschrift

über die **Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 31.05.2016, 17:00 Uhr bis 19:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Thomas Haas	Jugendzentrum anyway e.V.
Herr Marco Malavasi	LSVD Ortsverband Köln e.V.
Herr Jochen Saurenbach	Rheinfetisch e.V.
Herr Michael Schuhmacher	Aidshilfe Köln e.V.
Herr Alf Bernd Spröde	Völklinger Kreis e.V.

Beratende Mitglieder

Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Christoph Klausling	CDU
Frau Svenja Rabenstein	GRÜNE
Herr Ulrich Breite	FDP
Herr Felix Schneider	auf Vorschlag von DIE LINKE

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Stephan Classen	HomoKlüngel e.V.
Frau Pia Gleditzsch	TX Köln
Herr Dirk Lankow	St. Sebastianus und Afra Schützenbrüderschaft v. 2012 e.V.
Herr Armin Lohrmann	SC Janus e.V.

Verwaltung

Frau Natalie Kotschwar	Fachstelle Lesben, Schwule und Transgender
Herr Christian Rahmfeld	Fachstelle Lesben, Schwule und Transgender
Frau Nina Rehberg	Dienststelle Diversity
Frau Petra Rinnenburger	Gebäudewirtschaft

Frau Maike Schwarz	Amt für Personal, Organisation und Innovation
Herr Franco Prandi	Amt für Personal, Organisation und Innovation (111-2)
Frau Inge Steinbach	Amt für Kinder, Jugend und Familie (512-5-1)

Gäste

Herr Magnus Anschütz	SchLAu Köln e.V.
Herr Willi Kutsch	Centrum Schwule Geschichte
Frau Aische Westermann	SchLAu Köln e.V.
Frau Maren Wuch	Dyke* March Cologne

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Vorsitzende

Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Björn Blank	SC Janus e.V.
Frau Dr. Beate Blatz	Rubicon e.V.
Frau Monika Borth	KLuST e.V.
Frau Sophie Sänger	TX Köln

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr James Barthel	KLuST e.V.
Herr Harald Hennicken	Rheinfetisch e.V.

Beratende Mitglieder

Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Herr Bürgermeister Andreas Wolter	GRÜNE
Frau Hanna Parnow	DIE LINKE

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Carolina Brauckmann	Rubicon e.V.
Herr Thilo Fußén	Aidshilfe Köln e.V.
Frau Nicole Sperrmann	Jugendzentrum anyway

-
-
-

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Frau Rehberg erfragt, ob es seitens der stimmberechtigten Mitglieder Änderungswünsche an der momentanen Tagesordnung gibt.

Herr Schuhmacher bittet darum, das Thema „Städtischer Haushalt 2016/2017 mit Bezug auf die Ausstattung des Diversity-Budgets“ auf die Tagesordnung zu setzen. Er bittet um Informationen, wie die Fachstelle LST finanziell ausgestattet ist. Er erbittet außerdem, den Punkt „Studie zum Thema Wirtschaftsfaktor LSBTI“ erneut auf die Tagesordnung zu setzen, um den aktuellen Sachstand zu erfahren.

Des Weiteren bittet er um Klärungen zur Geschäftsordnung bzw. zur Geschäftsführung. Der Internetauftritt der Fachstelle erkläre, die Geschäftsführung der StadtAG inne zu haben. Er sei davon ausgegangen, dass diese beim Dezernat und damit der/dem Beigeordneten läge. Bei Bedarf müsse die Geschäftsordnung angepasst werden.

Frau Rehberg schlägt vor, den Punkt „Städtischer Haushalt 2016/2017 mit Bezug auf die Ausstattung des Diversity-Budgets“ unter dem Punkt Diversity aufzunehmen, im Folgenden als 3.3., die Wirtschaftsfaktor-Studie unter 4.3. Die Frage nach der Geschäftsführung könne unter Punkt 4.1 mit behandelt werden.

Frau Rabenstein bittet darum, den Punkt 4.1 für heute von der Tagesordnung zu streichen. Es gehe ihr nicht darum, dem Dialog ausweichen zu wollen, sie möchte dies lediglich in einer anderen Form. Die Fraktionsführung der Grünen möchte die stimmberechtigten Mitglieder der StadtAG zu einem gemeinsamen Gespräch einladen, um die Frage zu besprechen, wo eine Ansiedlung der Fachstelle LST und der Dienststelle Diversity Sinn mache. Die Vorgänge innerhalb der Verwaltung seien komplex und bedürften daher einer ausführlicheren Besprechung.

Herr Schuhmacher merkt an, dass komplizierte Sachverhalte auch innerhalb der StadtAG oft nicht zu klären seien, wenn sie allerdings von der Tagesordnung genommen würden, verschwänden sie oft gänzlich. Er bestehe daher darauf, das Thema innerhalb der StadtAG zu behandeln, um es auch dort abzuschließen. Er finde die Einladung zu einem Gespräch toll, dieses ersetze jedoch nicht die Besprechung in der StadtAG.

Frau Rehberg stellt Frau Rabensteins Bitte zur Abstimmung, den Punkt von der Tagesordnung zu streichen.

Abstimmung:

Dafür: 0 Dagegen: 6 Enthaltungen: 0

Frau Rehberg teilt folgende Änderungswünsche seitens der Verwaltung mit: Die Beschlussvorlage 9.1 soll als 7.3 unter dem ständigen Tagesordnungspunkt Flüchtlinge und LSBTI behandelt werden. Außerdem liegt 6.2 als Tischvorlage aus.

Frau Gleditsch merkt an, dass Frau Sänger im Urlaub ist und sie selbst keine neuen Unterlagen besitze, die sie vortragen könnte.

Herr Schuhmacher erklärt, dass dem Ausschuss Soziales und Senioren eine Vorlage zugegangen sei, die vorsehe, eine Stelle im Diversity-Bereich zuzusetzen und erfragt, ob dies bereits geschehen sei.

Frau Rehberg schlägt vor, diese Frage mit unter Punkt 3.3 zu behandeln.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung zur Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung und der Tagesordnung**
- 3 Diversity**
 - 3.1 Kurzüberblick über Aktivitäten und Aktionen von Diversity-Umsetzungsmaßnahmen in 2015
1089/2016
 - 3.2 Kurzprotokoll des gemeinsamen Austauschtreffen der Diversity Gremien StadtAG Behindertenpolitik, Lesben, Schwule und Transgender, Integrationsrat und Arbeitskreis Kölner Frauenvereinigungen am 15.04.2016
1539/2016
 - 3.3 Doppelhaushalt 2016/2017 - Diversity-Budget
- 4 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
 - 4.1 Sachstand zur Umsiedelung der Fachstelle LST ins Büro der Oberbürgermeisterin
 - 4.2 Sachstand zu Städtepartnerschaften und der Einstellung von Geldern für städtepartnerschaftlichen Austausch während des CSDs in den Haushalt
 - 4.3 Wirtschaftsfaktor-Studie
- 5 Sachstandsberichte und Mitteilungen**
 - 5.1 Sachstand zum Zustand der Räumlichkeiten des "Centrum Schwule Geschichte" in Kalk
 - 5.2 Gründung von SchLAu Köln e.V.
 - 5.3 Wahl der Seniorenvertretung der Stadt Köln 2016
1032/2016

6 Sichtbarkeit von Lesben in Köln

- 6.1 Antrag zur Einladung von lesbischen Aktivistinnen zum Dyke* March
- 6.2 Benennung von Straßen und Plätzen innerhalb Kölns - Vorschlag der StadtAG Lesben, Schwule und Transgender sowie des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden
0887/2016

7 Flüchtlinge und LSBT

- 7.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 03/2016
0971/2016
- 7.2 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Bericht aus der Sitzung am 03.03.2016 zu "Flüchtlinge mit Behinderung und Menschen mit Behinderung mit Migrationshintergrund"
1027/2016
- 7.3 Berücksichtigung der besonderen Situation von LGBTI* sowie den Umgang mit HIV in der aktuellen Flüchtlingspolitik der Stadt Köln
3673/2015

8 Trans*

- 8.1 Sachstand zum Projekt "Trans* in Krankenhäusern"

9 Berichte aus Ausschüssen

10 Beschlüsse/Beschlussempfehlungen

11 Anfragen/Anträge

12 Öffentlichkeitsarbeit

13 Themen der nächsten Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

- 13.1 Termine der StadtAG LST für 2016

14 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

1 **Begrüßung zur Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender**

Frau Rehberg begrüßt die Anwesenden herzlich zur 8. Sitzung der StadtAG LST. Sie entschuldigt die Stadtkämmerin Frau Klug, die sich auf Dienstreise befindet. Leider sei es nicht möglich gewesen, eine Vertretung aus dem Kreis der Dezernentinnen und Dezernenten zu finden. Dies solle bitte nicht als Geringschätzung verstanden werden. In der nächsten Sitzung im Oktober werde voraussichtlich der neue Sozialdezernent anwesend sein. Sie begrüßt die Gäste Herrn Kutsch (Centrum Schwule Geschichte), Frau Westermann und Herrn Anschütz (SchLAu Köln e.V.), und Frau Wuch (Dyke* March Cologne). Außerdem fragt sie die Mitglieder der StadtAG nach ihrem Einverständnis, dass die Gäste am Tisch Platz nehmen, welches einstimmig gegeben wird.

Sie teilt mit, dass am 20.05. Volker Bulla verstorben sei. Herr Bulla war ein engagierter Aktivist der Community. Frau Rehberg bittet die Anwesenden sich zu einer Schweigeminute für Volker Bulla zu erheben.

2 **Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung und der Tagesordnung**

Frau Rehberg stellt fest, dass die Niederschrift der letzten StadtAG Sitzung vom 10.03.2016 einstimmig genehmigt wird.

3 **Diversity**

3.1 **Kurzüberblick über Aktivitäten und Aktionen von Diversity-Umsetzungsmaßnahmen in 2015 1089/2016**

Frau Rehberg erfragt Anmerkungen und Rückfragen, diese gibt es jedoch nicht.

3.2 **Kurzprotokoll des gemeinsamen Austauschtreffen der Diversity Gremien StadtAG Behindertenpolitik, Lesben, Schwule und Transgender, Integrationsrat und Arbeitskreis Kölner Frauenvereinigungen am 15.04.2016 1539/2016**

Frau Rehberg erfragt Anmerkungen oder Rückfragen.

Herr Schuhmacher bittet um Informationen, ob sich die Gremien in Zukunft öfter treffen werden und wie weiterhin verfahren werden soll.

Frau Rehberg fragt die stimmberechtigten Mitglieder, ob ein Beschluss gefasst werden soll.

Herr Schuhmacher formuliert, dass die stimmberechtigten Mitglieder der StadtAG LST den Wunsch äußern, in einem noch mit den anderen Gremien abzustimmenden Rhythmus, regelmäßige Austausch-Treffen veranstalten zu wollen.

Beschluss:

Die StadtAG LST beschließt einstimmig den oben genannten Wunsch, regelmäßige gemeinsame Treffen zu veranstalten.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 6 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

3.3 Doppelhaushalt 2016/2017 - Diversity-Budget

Frau Rehberg erklärt, dass es den Sachstand zu diesem Thema schriftlich geben werde. Die neue Stelle ist eine Stelle zum Abbau von Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung (kurz: IDA). Die Stelle resultiere aus dem interkulturellen Maßnahmenprogramm, welches im Rahmen des Integrationskonzepts entwickelt worden sei. Im Rahmen des Integrations-Budgets sei im letzten Jahr diese Stelle mitbeschlossen worden. Inhaltlich sei diese Stelle so angesetzt, dass sie sich auf Diversity und Mehrfachdiskriminierung fokussiere. Die Stelle solle im Rahmen von Diversity themenübergreifend arbeiten und somit die Themenfelder der gesamten Dienststelle behandeln.

Herr Schuhmacher fragt nach, ob es richtig sei, dass diese Stelle keine Kosten verursache, da das Budget dafür bereits da war.

Frau Rehberg erwidert, dass das nicht so sei. Sie erklärt, dass im letzten Jahr einige Maßnahmen aus dem großen Gesamtpaket priorisiert und mit Vorlagen in die Ausschüsse gegangen seien. In der Ratssitzung im Juni 2015 sei durch den politischen Veränderungsnachweis die Gesamtsumme von 915.700 Euro für das interkulturelle Maßnahmenprogramm beschlossen worden. Ende letzten Jahres, nach der Haushaltsgenehmigung, konnten einige Maßnahmen bereits umgesetzt werden, andere Sachen waren zu kurzfristig. Für den Doppelhaushalt 2016/2017 sei das Budget in vollem Umfang eingestellt worden.

Herr Schuhmacher erfragt, ob dies der Antrag der Verwaltung sei, dass das Geld so eingesetzt wird und ob mit diesem Geld nicht die fehlende halbe Stelle der Fachstelle LST gefüllt werden konnte.

Frau Rehberg erklärt, dass dies nicht möglich gewesen sei, da es sich hier um eine konkrete Maßnahme aus dem interkulturellen Maßnahmenprogramm gehandelt habe.

Herr Schuhmacher stellt klar, dass der Aufbau dieser Stelle aus seiner Sicht dem älteren Antrag zur Vervollständigung der Stellen der Fachstelle LST vorgezogen worden sei.

Herr Breite erklärt, dass er Herrn Schuhmachers Einwand durchaus verstehe, dass aber die Entwicklung des interkulturellen Maßnahmenprogramms ein Prozess von einigen Jahren gewesen sei. Erst im letzten Jahr sei es möglich gewesen, durch Einzelvorlagen einige Maßnahmen in die Ausschüsse zu geben, so auch die IDA-Stelle. Dieser Prozess sei jedoch unabhängig von Maßnahmen und Stellenzusetzungen in den anderen Bereichen der Dienststelle zu sehen.

Frau Rehberg erläutert, dass das Maßnahmenprogramm aus dem Integrationskonzept resultiere. Der Vorgang, den Herr Breite zuvor beschrieben habe, sei 2012 in einem großen Beteiligungsverfahren ins Laufen gekommen. Zu diesem Zeitpunkt habe man, was Integration betreffe, an die Integration von Migranten gedacht. Würde der Prozess zur heutigen Zeit in der heutigen Konstellation begonnen, würde sicher der Aspekt der Vielfalt mitgedacht.

Herr Schuhmacher gibt zu Protokoll, dass die StadtAG LST bei diesem Prozess hätte beteiligt werden müssen. Da dies nicht geschehen sei, sei anzunehmen, dass die Geschäftsführung etwas übersehen haben müsse.

Frau Rehberg stimmt zu, dass dies nicht passiert sei, die StadtAG Behindertenpolitik und, ihres Wissens nach, die StadtAG Seniorenpolitik seien jedoch auch nicht miteinbezogen gewesen. Dieser Prozess sei sehr auf einen Fachbereich fokussiert gewesen, was zu der damaligen Zeit durchaus seine Berechtigung hatte. Ebenso sei es mit dem Handlungskonzept der Behindertenpolitik. Beides seien Konzepte, die vor Gründung der Dienststelle entstanden seien. Um gemeinsame Maßnahmen zielgruppenübergreifend zu entwickeln, stehe das Diversity-Konzept in seiner zweiten Phase als Partnerin noch aus.

4 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

4.1 Sachstand zur Umsiedelung der Fachstelle LST ins Büro der Oberbürgermeisterin

Frau Rehberg teilt mir, dass bisher keine schriftliche Antwort aus dem Büro der Oberbürgermeisterin vorliege.

Herr Breite erläutert, dass die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und –selbsthilfegruppen in der StadtAG Behindertenpolitik einen Brief an die Oberbürgermeisterin geschrieben habe, mit der Frage, wie die Umsiedlung aussehen könnte. Die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und –selbsthilfegruppen in der StadtAG Behindertenpolitik fordere, auch weiterhin eine Dezernentin oder einen Dezernenten bzw. die Oberbürgermeisterin als Vorsitzende zu haben, die*der die Sitzungen leitet. Wenn man eine Dezernentin oder einen Dezernenten als Vorsitz fordere, sei seiner Ansicht nach die Ansiedlung im entsprechenden Dezernat jedoch der richtige Weg. Eine Leitung der verschiedenen Gremien durch Frau Oberbürgermeisterin Reker halte er für unrealistisch.

Herr Saurenbach beharrt auf die Wahlversprechen, die Fachstelle ins OB-Büro zu holen, die sowohl Frau Reker als auch Herr Ott gemacht haben. Er erfragt, ob eine Stellungnahme der Oberbürgermeisterin zu erwarten sei und wenn ja, wann diese zu erwarten sei.

Frau Rehberg erklärt, dass die Anfrage weitergeleitet wurde und schriftlich beantwortet werde. Die Antwort sollte spätestens zur nächsten Sitzung vorliegen. Sie geht außerdem auf den Punkt von Herrn Schuhmacher ein, was die Verwirrungen um die Geschäftsführung betrifft. Der Begriff „Geschäftsführung“ beinhalte das Sitzungsmanagement und die fachliche Betreuung für die StadtAG LST. Die Geschäftsführungen der StadtAG Behindertenpolitik, des Rates der Religionen und des Integrationsrates seien ebenfalls in der Dienststelle Diversity untergebracht. Die Angliederung und der Vorsitz der StadtAG stehe damit nicht in Zusammenhang, sondern werde in der jeweiligen Geschäftsordnung festgelegt.

Herr Schuhmacher merkt an, dass die Geschäftsordnung der StadtAG vor der Dienststelle Diversity entstanden sei und dementsprechend die Geschäftsführung in der Form gar nicht aufgeführt sei. Die Arbeitsgrundlage stimme daher einfach nicht mehr. Er bittet die Geschäftsführung, sich nochmals mit der Geschäftsordnung auseinander zu setzen, um eventuelle Änderungen in die Wege zu leiten.

Frau Rehberg stimmt zu, dass eine Überarbeitung ein sinnvoller Schritt sei und dass dies spätestens bei einer eventuellen Umsiedlung notwendig sei, sobald die neuen

Strukturen festgestellt seien. Das Schreiben der Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und –selbsthilfegruppen in der StadtAG Behindertenpolitik an die Fraktionen ist als Anlage zur Einladung der StadtAG Behindertenpolitik am 06.06.2016 zu TOP 6.2 „Zukünftiger Stellenwert und Gewichtung der Behindertenpolitik in der Stadt Köln; hier: Schreiben der Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und –selbsthilfegruppen vom 20.04.2016“ als Anlage veröffentlicht worden. Sie stimmt Herrn Breite zu, dass eine Leitung der Oberbürgermeisterin allein aus zeitlichen Gründen unwahrscheinlich sei.

Herr Schuhmacher erklärt, dass er nicht erwartet habe, dass Frau Oberbürgermeisterin Reker jede Sitzung leitet, dass es eher um die Frage gehe, wo die Fachstelle verortet ist.

Herr Malavasi schließt sich Herrn Schuhmacher an. Er erwarte außerdem, dass hinter der Umsiedlung ein ausgereiftes Konzept stehe. Er freue sich auf das Gespräch mit den Grünen. Er erinnert außerdem an den Vorschlag, eine Sitzung jährlich mit den anderen StadtAGs gemeinsam durchzuführen, ein Vorsitz durch die Oberbürgermeisterin sei hier sicher denkbar. Er erhoffe sich durch die Umsiedlung eine größere Schlagkraft. Er bittet die Verwaltung, einen entsprechenden Vorschlag vorzubereiten, der dann von den stimmberechtigten Mitgliedern und den Fraktionen entsprechend diskutiert werden kann.

Frau Rehberg gibt zu bedenken, dass das Vorhaben organisatorisch gut aufgestellt werden müsse, damit alle möglichen Konstellationen und Möglichkeiten entsprechend bedacht und im Vorfeld ausgelotet seien.

4.2 Sachstand zu Städtepartnerschaften und der Einstellung von Geldern für städtepartnerschaftlichen Austausch während des CSDs in den Haushalt

Frau Rehberg teilt der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgend mit, dass bisher keine schriftliche Beantwortung aus dem Oberbürgermeisterinnen-Büro vorliege. Die StadtAG hat 01/4 (Internationale Angelegenheiten) ursprünglich eine Frist bis zum 30.03.2016 gesetzt. Frau Rehberg räumt ein, dass die Anfrage durch verwaltungsinterne Verzögerungen erst kurz vor der Frist bei der zuständigen Dienststelle eingegangen sei und verspricht eine möglichst baldige Nachreichung der Antwort.

Herr Spröde weist darauf hin, dass die Situation im letzten Jahr die gleiche war. Er weist darauf hin, dass dieser Umstand kein gutes Licht auf Köln als „Rainbow City“ oder „Hochburg schwul-lesbischen Lebens“ werfe, die als Stadt einen gewissen Markenkern mit sich trage, wenn es um LSBT ginge. Er weist außerdem noch einmal darauf hin, dass Frau Oberbürgermeisterin Reker im Wahlkampf verkündet habe, den notwendigen Betrag aus ihrem Etat zur Verfügung zu stellen, sollte eine Einstellung in den Haushalt nicht erfolgen.

Herr Schuhmacher erklärt, dass sich die Bemühungen um städtepartnerschaftlichen Austausch zum CSD nun schon seit drei Jahren ziehen würden. Er stellt fest, dass die Stadt Köln nicht daran interessiert zu sein scheine, 10.000€ bereit zu stellen, um „Menschen aus Partnerstädten zum CSD einzuladen, die ein schwieriges Umfeld für ihre Communities haben“. Er weist außerdem darauf hin, dass weitaus größere Beträge oftmals schneller ausgegeben werden. Er könne einen politischen- oder Verwaltungswillen gar nicht mehr wiederfinden.

Herr Malavasi erklärt, dass er zu der Zeit selbst im AVR gesessen habe und die Fraktionen alle zugestimmt und ihre Unterstützung versichert hätten. Er weist außerdem darauf hin, dass die Umstände und der Sachstand nach außen nicht mehr vermittelbar

seien. Er erinnert daran, dass manche Partnerstädte auf die Solidarität Kölns und der deutschen LSBT-Communities dringend angewiesen seien und die Umstände „ein Armutszeugnis“ seien.

Herr Schuhmacher erklärt, dass Politiker*innen und Reden auf dem CSD nicht ernst genommen werden könnten, solange dieses Thema nicht bearbeitet sei und erklärt, dass die Presse über diese Vorgänge eingeschaltet werden müsse.

Herr Malavasi erinnert daran, dass das Büro für Internationale Angelegenheiten im Amt der Oberbürgermeisterin angesiedelt sei und es daher nicht an der Zugriffsproblematik liegen könne.

Herr Breite bittet darum, zu vermeiden, ihn in Mithaftung zu nehmen. Die Anmeldung im Haushalt sei nicht erfolgt.

Frau Rehberg erklärt, dass durch den politischen VN im Juni 2015 Geld für den CSD eingestellt worden sei. Aufgrund der knappen Zeit konnten jedoch kaum Partner eingeladen werden. Das Geld wurde im Budget der Abteilung für Internationale Angelegenheiten eingestellt; deshalb müsse auch dort die Anmeldung für 2016/2017 erfolgen.

Herr Spröde merkt an, dass die Terminkalender der einzuladenden Personen wahrscheinlich auch gut gefüllt seien und eine Zusage der Gelder in den nächsten 48 Stunden erfolgen müsse. Sollte dies wieder nicht erfolgen, stünde wieder die Frage der Übertragung von Geldern im Raum, was auf einen Kreislauf hinauslaufen würde.

Herr Rahmfeld erklärt, dass im Jahr 2015 9.045€ für den städtepartnerschaftlichen Austausch im Bereich LSBT durch den VN II eingeplant worden seien, nicht ausschließlich jedoch für den CSD. Aus diesem Grund seien Anstrengungen unternommen worden, eine Ringpartnerstädte-Konferenz im Dezember zu ermöglichen, was jedoch an mangelnder Zusage der Ringpartnerstädte scheiterte. Die Gelder seien auch in diesem Jahr wieder angemeldet worden, da jedoch der Haushalt bisher nicht beschlossen sei, herrsche vorläufige Haushaltsführung, in der freiwillige, neue Ausgaben nicht getätigt werden können. Der Haushalt werde jedoch erst Ende Juni beschlossen und erst noch später genehmigt.

Frau Rehberg erklärt, dass durch eine Rücksprache mit der Personalentwicklung während der Sitzung das Geld kurzfristig zur Einladung von Partnerstädten freigemacht werden könne.

Herr Schuhmacher erinnert an den Beschluss der stimmberechtigten Mitglieder, der Einladungen zum CSD vorsehe, und nicht etwa nach dem CSD. So ein Beschluss könne auch nicht umgewandelt werden.

4.3 Wirtschaftsfaktor-Studie

Herr Rahmfeld erinnert an den Beschluss, der in der letzten Sitzung der StadtAG LST gefasst wurde. Es wurde entschieden, dass eine Studie über den Wirtschaftsfaktor Lesben, Schwule und Transgender in Köln in Auftrag gegeben werden solle und die finanziellen Mittel hierfür noch in die Haushaltsplans-Beratung für den Haushalt 2016/2017 mit aufgenommen werden sollen. Es wurde vereinbart, dass die jeweiligen sachkundigen Einwohner die Angelegenheit jeweils in ihre Ausschüsse nehmen und dort den Antrag stellen. Herr Spröde habe den Antrag daraufhin mit in den AVR genommen und den Antrag beim Ausschussvorsitzenden eingereicht, der diesen jedoch nicht mit auf die Tagesordnung gesetzt habe, da er der Auffassung sei, dass sachkundigen Einwohner keine eigenen Anträge stellen könnten. Darauf hat sich die Geschäftsführung der StadtAG an das Amt der Oberbürgermeisterin gewendet und um

Klärung gebeten. Außerdem habe ein Gespräch mit einer Juristin für Kommunalverfassungsrecht stattgefunden. Er hoffe, dass der Antrag bereits in der nächsten Ausschussfolge beraten werden könne und es eine endgültige Klärung der Rechtslage gebe.

Herr Saurenbach berichtet von seinen Erfahrungen aus dem Kulturausschuss, in dem es immer wieder vorkäme, dass sachkundige Bürger*innen Anträge einbrächten.

Frau Rehberg und Herr Breite weisen Herrn Saurenbach auf den Unterschied zwischen sachkundigen Einwohner*innen und sachkundigen Bürger*innen hin.

Frau Rehberg zieht des Weiteren Parallelen zwischen der StadtAG LST und anderen StadtAGs. Sie erklärt, dass eine klar definierte Rechtslage notwendig sei, um den sachkundigen Einwohner*innen, wie den sachkundigen Bürger*innen auch, Handlungsspielraum zu gewähren.

5 Sachstandsberichte und Mitteilungen

5.1 Sachstand zum Zustand der Räumlichkeiten des "Centrum Schwule Geschichte" in Kalk

Frau Rehberg erinnert an den Vortrag von Herrn Kutsch aus der letzten Sitzung. Inzwischen liegen die Klima-Auswertungen vor. Hierzu gebe es seitens der stimmberechtigten Mitglieder vorerst keine Anmerkungen.

Frau Rinneburger bedankt sich für die Einladung und erklärt ihr Entsetzen über den Zustand der Räumlichkeiten. Sie teilt mit, dass die Kolleg*innen vom Historischen Archiv eine Archivierung der Materialien des CSGs für nicht sachgerecht halten. Zurzeit besitze die Stadt Köln keine freien Räume. Frau Rinneburger kündigt an, eine eigene Kostenschätzung durchzuführen, um herauszufinden, was eine Sanierung kosten würde, sodass eine schadensfreie Lagerung möglich wäre. Über die Miete seien diese Umbauarbeiten höchstwahrscheinlich nicht sicherzustellen, man müsse dann sehen, wie mit dem Thema umgegangen werden könne. Sie plant ein Gespräch mit den Kolleg*innen vom Historischen Archiv und bietet Herrn Kutsch an, dabei zu sein. Sie möchte mit ihnen besprechen, inwiefern eine Unterbringung in den Notarchiven möglich sei, insbesondere für die bereits geschädigten Archivalien. Sie verspricht, in der nächsten Sitzung einen Sachstandsbericht einzureichen.

5.2 Gründung von SchLAu Köln e.V.

Der Verein SchLAu Köln e.V. stellt sich der StadtAG LST vor.

Die Präsentation von Frau Westermann und Herrn Anschütz ist den Anlagen zu entnehmen.

Frau Rehberg bedankt sich für den Vortrag und bittet darum, die Präsentation an die Niederschrift hängen zu dürfen, dem stimmen Frau Westermann und Herr Anschütz zu. Frau Rehberg schlägt vor, die Vertreter*innen von SchLAu Köln e.V. in die Dienststelle Diversity bzw. in eine der Teamsitzungen einzuladen, da das Thema für alle Kolleginnen und Kollegen von Interesse sei.

Herr Spröde bittet um eine Begrifflichkeitsklärung. In der Präsentation sei von Homophobie die Rede gewesen, nicht jedoch von Trans*phobie. Er erfragt, ob das Wort „Trans*phobie“ in der Präsentation ergänzt werden müsse, oder ob Trans*phobie bei SchLAu nicht bearbeitet werde.

Herr Anschütz erwidert, dass Trans*phobie ein wichtiges und großes Thema bei SchLAu sei. Er erläutert, dass die teamende Personen Fortbildungen durchlaufen müssten, in denen Trans*phobie immer eine große Rolle spiele. Besonders in den letzten Jahren seien Anstrengungen unternommen worden, Trans*menschen in das Team mitaufzunehmen.

Herr Spröde bittet um eine Anpassung des Vortrags.

Herr Haas erinnert daran, dass SchLAu bis vor kurzem ein Team im anyway gewesen sei. Der Weg, mit dem SchLAu in die StadtAG gefunden hat, hält er, und hielten andere, externe Fragende, für schwammig. Am 05.05. sei das Team von SchLAu mit einem Brief auf den Vorstand des anyways zugegangen und habe damit die Zusammenarbeit zum 01.05. rückwirkend gekündigt. Zusätzlich sei daraufhin die Kündigung der Kooperationsvereinbarung von SchLAu NRW eingegangen.

Das anyway arbeitet seit vielen Jahren mit Ehrenamtlichen zusammen und das anyway lege großen Wert darauf, den Ehrenamtlichen Raum für eigene Entwicklung zu geben. Die Umstände, wie die Kooperation beendet wurde, hinterließen Spuren. Eine Stadt wie Köln biete durchaus genug Platz für zwei Projekte in dem Bereich, allerdings könne SchLAu nicht auf den Exklusivitätsanspruch bauen, den Frau Westermann und Herr Anschütz vorgestellt hätten. Bei ihm sei der Eindruck entstanden, dass SchLAu es so empfinde, als hätten Sie „die Arbeit mitgenommen“. Dies funktioniere schon allein deshalb nicht, da diese Arbeit ein fester Bestandteil und Grundpfeiler der Arbeit des anyways sei. Das anyway sei von Beginn an bei der Konzeptionierung von SchLAu, sowohl inhaltlich als auch strukturell, beteiligt gewesen.

Das Projekt sei damals von einer Praktikantin aus Düsseldorf mitgebracht worden und hätte sich somit im anyway angesiedelt. Hierbei wurde SchLAu fast die gesamte Zeit von bezahltem Personal des anyways (Förderung Stadt Köln, Jugendamt) unterstützt. Er betont noch einmal, dass die Arbeit an Schulen zu einer essentiellen Aufgabe des anyway gehöre. Bei der Arbeit in Schulen ist die Zugehörigkeit zu einer fest installierten Institution von Vorteil, besonders in Einzelfällen. Die Arbeit an Schulen sei ein konzeptioneller Inhalt, der so in der Vereinbarung mit der Fachaufsicht (Jugendamt Köln) verankert sei. Die Stadt Köln habe neue Förderrichtlinien bezüglich der Jugendarbeit eingerichtet, die unter anderem die Umbau-Maßnahmen im anyway ermöglicht haben. Als Argument hierfür diene unter anderem die Tatsache, dass SchLAu in den Räumen des anyways Platz findet. Alle betroffenen Einrichtungen haben von dem Förderprogramm profitiert, weshalb er das Verlassen des anyways als „komisch“ empfinde.

Herr Haas unterstreicht außerdem, dass das anyway einem engagierten Team keine Steine in den Weg legen möchte, aber er möchte trotzdem an den Fakten festhalten. Das anyway sei gesprächsbereit, dies müsse SchLAu jedoch auch sein.

Herr Schuhmacher bittet um eine Verlegung des Gesprächs zwischen anyway und SchLAu auf einen späteren Zeitpunkt, nicht innerhalb einer StadtAG-Sitzung. Er merkt jedoch an, dass die StadtAG sich lange Zeit nicht mit Jugendarbeit im LSBT-Bereich bzw. in den jeweiligen Fachgebieten auseinandergesetzt habe und schlägt vor, sich das Feld noch einmal auf die Themenliste zu schreiben. So könne eine gemeinsame Ausrichtung gefunden werden. Er weist daraufhin, dass eine Trennung von oder innerhalb von Organisationen nicht unüblich sei.

5.3 Wahl der Seniorenvertretung der Stadt Köln 2016 1032/2016

Frau Rehberg weist auf die ausliegenden Flyer, sowie das versendete Infomaterial hin und bittet darum, das Thema breit zu streuen. Weitere Informationen sind dem Flyer zu entnehmen.

Herr Malavasi fragt nach Material, das elektronisch zu versenden ist. Damit wäre eine Streuung viel leichter möglich.

Frau Rehberg verspricht, die Materialien schnellstmöglich an die StadtAG LST zu versenden.

6 Sichtbarkeit von Lesben in Köln

6.1 Antrag zur Einladung von lesbischen Aktivistinnen zum Dyke* March

Frau Wuch bedankt sich für die Einladung. Sie berichtet vom ersten Dyke* March in Köln in 2015. Dieser sei von 1500 Frauen besucht worden, was die Veranstalterinnen als großen Erfolg werten. Im Jahr 2016 ist es das Ziel der Veranstalterinnen, gezielt Frauen aus NRW zum Dyke* March einzuladen. Auch auf dem CSD selbst sei die Gruppe mit einer NRW-Diskussionsrunde und einer internationalen Diskussionsrunde (z.B. Gäste aus Liverpool) vertreten. Für das Jahr 2017 wünschen sich die Veranstalterinnen, internationale Gäste gezielt zum Dyke* March einladen zu können. Da der Doppel-Haushalt anstehe, geben sie dies bereits jetzt bekannt. Die internationalen Kontakte beständen bereits, diese würden auch über die Partnerstädte hinausgehen. Schätzungen nach belaufen sich die Kosten auf 20.000€. Das Vorhaben soll von Journalist*innen begleitet werden, was den Tourismus unterstützen könnte. Man könne sich gut vorstellen, auch als Projekt innerhalb der Dienststelle Diversity geführt zu werden. Frau Wuch bedankt sich für die Aufmerksamkeit der StadtAG.

Frau Rehberg bedankt sich für den Vortrag.

Frau Rabenstein bedankt sich für das Engagement im letzten Jahr und freut sich auf den Dyke* March 2016. Da die IG Dyke* March Cologne kein Träger sei, erbittet Frau Rabenstein die Klärung der Rechtslage, welche Möglichkeiten es gibt, die Gruppe oder Gruppen in einer ähnlichen Rechtsform möglichst unbürokratisch finanziell zu unterstützen, und ob dies aus dem Budget der Fachstelle erfolgen könnte.

Frau Rehberg erklärt, dass dies möglich wäre, gäbe es ein Budget der Fachstelle oder der Dienststelle für Projekte. Frau Rehberg verspricht eine Prüfung, ob dies auch für „Nicht-Vereine“ gilt.

Herr Malavasi erläutert, dass diese Art von Förderung im Kulturbereich häufig vorkomme. Die Rechtsform stehe dem nicht im Weg. Er bedankt sich bei Frau Wuch und freut sich über ihr Kommen, gibt aber zu bedenken, dass die Chancen gering seien, 20.000€ gewährt zu bekommen, wenn die StadtAG selbst seit drei Jahren auf 10.000€ bestehe. Er bietet Kooperationsgespräche mit dem LSVD an und erklärt, dass er das Engagement umso bedeutender finde, in Angesicht der Tatsache, dass lesbische Verbände nicht in der StadtAG vertreten seien, obwohl ihnen ein eigener Platz laut Geschäftsordnung zustehe.

Herr Schuhmacher lobt das Engagement der Veranstalterinnen und den letzten Dyke* March. Er gibt zu Protokoll, dass ein eigenes Budget für Diversity langfristig die einzige Lösung sei. Zudem weist er auf die Vereinbarung hin, dass Haushaltsanträge in der StadtAG ungern besprochen werden, da damit immer eine Erwartungshaltung von

positiver Resonanz einhergehe. Die Aufgabe der StadtAG müsse es sein, die Anträge inhaltlich zu besprechen, die Finanzierung sei eine andere Sache, darüber könne man in diesem Gremium eh nicht entscheiden.

Herr Spröde bezieht sich auf den Touristik-Faktor, der sich durch den Dyke* March für Lesben ergebe, wovon die Stadt Köln direkt profitiere. Er bezieht sich direkt auf die Wirtschaftsfaktor-Studie und verweist darauf, dass die gesamte LSBT-Community der Stadt finanziell viel einbringe.

Frau Rehberg schlägt vor, bei den Einladungen zum städtepartnerschaftlichen Austausch besonders auch auf Lesben zu achten.

Frau Wuch bedankt sich für die Unterstützung und verspricht, auf den LSVD zuzukommen. Sie erklärt jedoch auch, dass für dieses Jahr die Planung soweit abgeschlossen sei und es gezielt um 2017 ginge.

6.2 Benennung von Straßen und Plätzen innerhalb Kölns - Vorschlag der StadtAG Lesben, Schwule und Transgender sowie des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden 0887/2016

Frau Rehberg zitiert den Beschluss des Ausschuss für Anregungen und Beschwerden und teilt der StadtAG mit, dass sich der Ausschuss dem Vorschlag der StadtAG anschließe. Sie gratuliert der StadtAG zu diesem Erfolg.

7 Flüchtlinge und LSBT

7.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 03/2016 0971/2016

Frau Rehberg erklärt, dass in der letzten Sitzung der StadtAG Behindertenpolitik das Schwerpunktthema „Menschen mit Behinderung mit Migrationshintergrund und Flüchtlinge mit Behinderung“ gewesen sei. Der Synergie-Effekt der Dienststelle Diversity habe nun ergeben, dass die Ergebnisse der StadtAG LST vorgelegt werden. Zu den Punkten 7.1 und 7.2 gibt es keine Fragen.

7.2 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Bericht aus der Sitzung am 03.03.2016 zu "Flüchtlinge mit Behinderung und Menschen mit Behinderung mit Migrationshintergrund" 1027/2016

Siehe 7.1

7.3 Berücksichtigung der besonderen Situation von LGBTI* sowie den Umgang mit HIV in der aktuellen Flüchtlingspolitik der Stadt Köln 3673/2015

Frau Rehberg fragt nach Anmerkungen.

Herr Rahmfeld erklärt, dass die StadtAG in der Beschlussfolge stände. Die Ausschüsse behandelten dies als Beschlussvorlage, bei denen sie in dem Fall beschließen,

dass sie Kenntnis nehmen. Es handelt sich um die Antwort auf eine Vorlage der StadtAG vom 19.01.2015.

Herr Schuhmacher erläutert, dass sich nach der letzten Sitzung eine Arbeitsgruppe zum Thema „Wohnen und Flüchtlinge“ zusammen gefunden habe. Die Umstände seien sehr komplex, eine Ausarbeitung werde folgen. Die Arbeitsgruppe werde nun den Dialog mit dem Amt für Wohnungswesen suchen.

Frau Rehberg schlägt vor, aus dem Treffen eine Mitteilung zu machen, die alle anderen StadtAGs und den Sozialausschuss erreichen solle. Dieses Thema sei für den gesamten Flüchtlingsbericht von großer Bedeutung.

Herr Schuhmacher erklärt, dass die Sachlage weitaus komplexer sei, als dass eine baldige Veröffentlichung zu erwarten wäre. Wohnraum gehe mit Betreuung einher, die sich um traumatisierte Flüchtlinge kümmere. Der Themenkomplex hänge mit sozialrechtlichen Fragen zusammen.

Herr Breite drückt seine Verwunderung aus. Das Ziel des Ganzen sei es gewesen LSBT-Flüchtlinge möglichst zügig aus den großen Unterkünften in dezentrale Wohneinheiten zu verlegen. Er verstehe die Bedarfe, die dahinter stehen, fragt aber, ob sich die dezentrale Unterbringung damit nicht verschleppe.

Herr Schuhmacher erwidert, dass die Kosten von einer Stelle übernommen werden müssten, je nach Aufenthaltsstatus sei dies nicht immer einfach zu klären. Er gibt zu bedenken, dass niemand die Verantwortung dafür tragen möchte, dass sich jemand etwas antut, weil diese Person nicht die entsprechende Betreuung erhalten habe. Besonders im Zusammenhang mit HIV sei zu bedenken, dass viele Menschen nicht aus Köln kämen, sich aber hierher wenden, da an ihrem Aufenthaltsort keine Infrastruktur vorhanden sei. Je genauer man das Thema betrachte, desto mehr Fragen würden auftauchen.

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

8 Trans*

8.1 Sachstand zum Projekt "Trans* in Krankenhäusern"

Frau Gleditsch erklärt, dass es bisher keinen neuen Sachstand zu dem Thema gäbe.

9 Berichte aus Ausschüssen

Es gibt keine weiteren Berichte aus den Ausschüssen.

10 Beschlüsse/Beschlussempfehlungen

Es gibt keine weiteren Beschlüsse oder Beschlussempfehlungen.

11 Anfragen/Anträge

Es gibt keine weiteren Anfragen oder Anträge.

12 Öffentlichkeitsarbeit

Es gibt keine weiteren Anmerkungen zur Öffentlichkeitsarbeit.

13 Themen der nächsten Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Frau Rehberg fasst zusammen, dass das Thema „Aufklärungsarbeit“ beim nächsten Mal weiter besprochen werden solle. Außerdem habe es den Vorschlag gegeben, für die Sitzungen jeweils ein Schwerpunktthema zu wählen.

Herr Spröde regt an, dass, vorausgesetzt die nächste Sitzung werde wieder von einer Dezernentin oder einem Dezernenten geleitet, es wichtig sei, mit ihr oder ihm ins Gespräch zu kommen, um sich kennenzulernen. Sollte die nächste Sitzung nicht durch die Dezernentin oder den Dezernenten geleitet werden, wäre dies durchaus auch ein Thema.

13.1 Termine der StadtAG LST für 2016

Frau Rehberg verkündet die Termine für die nächsten beiden StadtAG Sitzungen.

Die nächste Sitzung wird am Dienstag, 04.10.2016 um 17:30Uhr stattfinden. Sie merkt an, dass die Uhrzeit von der üblichen Uhrzeit abweicht.

Die letzten Sitzung im Jahr 2016 wird am Donnerstag, 15.12.2016 um 17:00Uhr stattfinden.

14 Verschiedenes

Herr Rahmfeld weist nochmal auf die Ausstellung „My Rainbow City 2016“ hin, die zurzeit im Spanischen Bau zu besichtigen sei. Außerdem lädt er nochmals herzlich zur Finisage am 06.06.2016 in Anwesenheit von Frau Oberbürgermeisterin Reker ein.

Frau Rehberg weist auf den 4. Deutschen Diversity-Tag am 07.06. hin, bei dem die Stadt durch die Kooperation mit der Uni in der Schildergasse und am Albertus-Magnus-Platz vertreten sein wird.

Herr Schuhmacher teilt mit, dass es Gespräche mit der Polizei geben soll, einen Termin habe es bisher noch nicht gegeben, die Vorbereitungen liefen jedoch.

Frau Rehberg bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

gez. Nina Rehberg
(Dienststelle Diversity)

gez. Christian Rahmfeld
(Fachstelle für LST)